



Wertvoller Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.  
Porto 2 Thlr. 1½ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer  
zweitteiligen Zeile im Zeitungsdruck 1½ Sgr.

Nr. 95. Morgen-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Ausserdem übernehmen alle Post-  
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Sonnabend, den 25. Februar 1865.

## Abonnement für März.

Der Abonnementspreis für diesen Monat beträgt in Breslau 22½ Sgr., auswärts inclusive des Portozuschlags 1 Thlr. 3½ Sgr.

Da die königl. Post-Expeditionen nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir Diejenigen, welche dieses neue Abonnement benutzen wollen, den Betrag von 1 Thaler 3½ Sgr. **direct und franc** an uns einzusenden, wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlich der betreffenden Postanstalt zur Abholung überweisen werden.

Breslau, den 25. Februar 1865.

Expedition der Breslauer Zeitung.

## Die Conservativen und die Arbeiterfrage.

Die offiziöse „Prov.-Corresp.“ spricht sich in ihrer letzten Nummer über die Arbeiterfrage in folgender Weise aus:

„Die Regierung, so wie die conservative Partei hatten schon die Arbeiterfrage in ihrer Wichtigkeit erkannt und der Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse des Arbeiterstandes, in so weit sie auf dem Wege des Gesetzes und von Staats wegen überhaupt erfolgen kann, ihre ernste Aufmerksamkeit zugewendet. So wenig die Staatsregierung das revolutionäre Sinnen und Treiben Lassalle's und seiner Anhänger billigen oder gar unterstützen könnte, so fand sie doch eine gewisse Berechtigung in der Forderung, daß die Arbeiter nicht gegenüber den Arbeitgebern durchaus rechts seien, und beschäftigte sich mit der Erwägung, wie diesem Uebelstande der Gesetzgebung abgewichen werden könne. Die Regierung darf in wichtige Verhältnisse, wie diejenigen, um welche es sich hier handelt, nicht entcheidend eingreifen, ohne die Folgen für das ganze Gebiet der Gewerbethätigkeit des Volkes reiflich und allezeitig geprüft zu haben. Die Regierung darf besonders nicht dazu beitragen, daß etwa unter den Arbeitern die Lässigung auskomme, als könne der Staat durch irgend welche gesetzliche Bestimmungen oder durch Verwaltungs-Anordnungen wirklich allen den Nothständen abhelfen, welche mit den Bedingungen der Arbeit überhaupt und mit dem in der Weltordnung begründeten Unterschied von Arm und Reich zusammenhängen. Die Regierung würde eine schwere Schuld auf sich laden, wenn sie in dieser Beziehung durch ihr Vorgehen den Arbeiterstand zu unbeständigen Hoffnungen verleitete. Deshalb hat die Regierung bisher allem Drängen zu einer voreiligen Entscheidung widerstanden, wohl aber Alles vorbereitet, um demnächst in vollständiger Kenntnis der Sache und nach Anhörung aller beteiligten Kreise Entschließungen fassen zu können.“

Im Allgemeinen spricht dieser gewundene Artikel nichts weiter aus, als was der Handelsminister bereits vor dem Abgeordneten-Hause gesagt hatte. Für uns ist die förmlich gesuchte Zusammenstellung der Regierung mit der conservativen Partei nicht ohne Interesse; mit Vergnügen vernehmen wir aus dem offiziösen Blatte, daß nicht nur die Regierung, sondern auch die conservative Partei „die Arbeiterfrage in ihrer Wichtigkeit erkannt und der Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse des Arbeiterstandes ihre ernste Aufmerksamkeit zugewendet hat.“ Für die Anhänger derjenigen Socialdemokratie aber, die ihre Hauptstärke im Schimpfen gegen die liberale und Fortschrittspartei und in einer wahrhaft widerlichen und hündischen Anschmeichelung an die Vertreter der feindlichen Partei sehen, dürfte der Artikel insofern nicht ohne Interesse sein, als er in der bestimmtesten Weise erklärt, daß „die Staatsregierung das revolutionäre Sinnen und Treiben Lassalle's und seiner Anhänger durchaus nicht billigt oder gar unterstützt“ — wornach zu richten.

Auso „nicht nur die Regierung, sondern auch die conservative Partei haben die Arbeiterfrage in ihrer Wichtigkeit erkannt.“ Die liberale Partei natürlich gar nicht! Die welthistorischen Schöpfungen Schulze-Delitzsch's, die freilich die Noth und das Elend auch nicht aus der Welt schaffen können — aber die „Prov.-Corresp.“ gesteht ja, daß sie die Regierung eben so wenig im Stande — diese großartigen Associationen, welche längst die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich gezogen haben, und vom jüngsten Ministerium selbst durch den Mund des Handelsministers in ihrer ganzen Bedeutung anerkannt worden sind — diese so recht aus dem Boden des Liberalismus hervorgegangen und in ihm wurzelnden Institute: sie erscheinen der „Prov.-Corresp.“ nicht einmal der Erwähnung wert. Was wollen auch diese Schöpfungen, welche bereits das Interesse von Hunderttausenden von Arbeitern berühren, — was wollen sie besagen gegen die Schöpfungen — nein, diese sollen erst noch kommen, sondern gegen die — Bestrebungen der conservativen Partei, welche „die Arbeiterfrage in ihrer Wichtigkeit erkannt hat!“ Ja, wenn nur von diesem Erkennen „Stabsel etwas hätte!“ Wir wiederholen, auch Schulze-Delitzsch wird das Elend nicht aus der Welt schaffen; er hat dies auch nie prätendirt; aber wenigstens haben die Arbeiter, die sich an seinen Associationen betheiligen, etwas davon.

Aber die Bestrebungen der conservativen Partei? Das Verdienst hätte sich die „Prov.-Corresp.“ wenigstens erwerben können, daß sie uns aus einander gesezt hätte, worin sie bestehen. Wir wissen nur von den „historischen Organisationen“ Wagener's, welche die „Kreuztg.“ in ihrer etwas derberen aber auch offeneren Sprache die Erneuerung der mittelalterlichen Bünde nennt. Oder gehört zu jenen Bestrebungen auch das „allgemeine direkte Stimmrecht?“ Wir fürchten sehr, daß dieses gerade mit unter jenes „Sinnen und Treiben Lassalles“ fällt, welches die „Prov.-Corresp.“ als „revolutionär“ zu bezeichnen beliebt.

Der conservativen Partei steht, wenn sie sonst will, das Feld offen. Mag sie in Gemeinschaft mit der liberalen Partei die Schranken wegräumen, welche die freie Bewegung der Arbeit noch hemmen: ja mag sie darin so weit gehen, wie sie will, sie wird die liberale Partei immer bereit finden, ihr noch einen Schritt voranzugehen.

Das Recht der Arbeit, wie es im Jahre 1848 verlangt wurde, kann der Staat allerdings nicht garantiren; aber die Freiheit der Arbeit zu garantiren — daran hindert ihn Niemand, am allerwenigsten die liberale Partei. Diese Freiheit der Arbeit, d. h. das Recht des Einzelnen zu arbeiten, wie, was und wo er will, ungefährt und ungehindert, ist unserer Ansicht nach die erste Grundlage für jede weitere Entwicklung und Organisation der Arbeit.

Wir wissen recht gut, daß mit der Gewerbefreiheit, der Freizüglichkeit, dem kostenlofen Rechte der Niederlassung (Begfall des Einzugs-geldes) das Elend — um das beliebte Stichwort noch einmal zu gebrauchen — auch nicht aus der Welt geschafft wird, aber wenigstens ist nach Erfüllung dieser Forderungen eine Grundlage erworben, auf welcher weiter gebaut werden kann.

Wir sollten denken, daß der Betrieb des Handels doch wohl auch einige Kenntnisse erfordert, gewiß noch mehrere als manches Handwerk, und doch kann der Commiss, sobald er es sich selbst zutraut, ein Handelsgeschäft eröffnen, welches er will. Warum soll dasselbe Recht nicht auch der Handwerker haben? Warum gelten für ihn Schranken, welche der Kaufmannsstand nicht kennt, — abgesehen davon, daß diese Schranken, z. B. die Prüfungen auch Geld kosten, mithin das Kapital des Handwerkers, mit welchem er seine Arbeit beginnen könnte, vermindern?

Hic Rhodus, hic salta — hier sind wir dabei. Man eröffne vor Allem der Arbeit die Gasse und räume die Schranken hinweg, welche ihre Entwicklung noch hemmen. Wir sagen: keine Organisationen, weder historische, noch unhistorische, sondern Freiheit der Bewegung — die „Kreuzzung“ sagt: Erneuerung der altbewährten mittelalterlichen Organisationen, darin liegt der Unterschied zwischen der liberalen und conservativen Partei.

dem Rechte könnte man dann wenigstens für die enthusiastischen Bewillkommungen, welche dem Könige jetzt in verschiedenen Städten entgegengebracht werden sind, eine gleiche Bedeutung in Anspruch nehmen. Was uns indes wichtiger, als alle derartige Kundgebungen erscheint, das ist, daß die Kammer das großartige Werk des Gesetzentwurfs über die legislative Einheit trotz aller Unterbrechungen und gewaltamen Störungen glücklich zu Stande gebracht hat. Die vom Centralcomite des Nationalvereins vorgeschlagene Fusion aller liberalen Gesellschaften Italiens findet lebhafte Beifall, und man meint mit Recht, daß diese Fusion der liberalen Sache bei Gelegenheit der Neuwahlen von sehr großem Nutzen sein dürfe.

Die Nachrichten aus Frankreich bestätigen nur immer mehr, daß die Regierung hinsichtlich der Verwicklungen, welche sich in Amerika, namentlich aber in Mexico vorbereiten, besorgt ist. Wenn auch der Friede zwischen den Nord- und Südstaaten leineswegs als ganz nahe bevorstehend anzusehen ist, so gehen doch die Berichte des französischen Geschäftsträgers in Washington im Wesentlichen dahin, daß der Krieg schwerlich länger als über den Frühling hinaus dauern werde, und man spricht in Folge davon von einem außerordentlich lebhaften Depechaustausche, der in der jüngsten Zeit zwischen dem Tuilerienkabinett und dem Foreign office über die amerikanische Angelegenheit stattgehabt haben soll. — Indes hindert dies nicht, daß man auch die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Frage unausgesetzt im Auge behält, und der offiziöse „Constitutionnel“ knüpft an die Mitteilung der Altenstädt aus dem Blaubuche einige Bemerkungen, die wir unsern Lesern, und sei es auch eben nur als ein Zeichen, wie man in Frankreich die Frage gerade jetzt aufstellt, gern mittheilen wollen. Nachdem der „Constitutionnel“ die Art und Weise erwähnt hat, wie (nach seiner Meinung) in unzähligen Broschüren in Deutschland von der Annexionspartei Propaganda für Preußen gemacht wird, kommt er betreffs der Herzogthümer zu folgender Schlussfolgerung:

„Werks es vor allen Dingen ankommt, ist, zu constatiren, daß die Bevölkerung der Herzogthümer gegen alle Eingebungen taub geblieben ist, die dahin zielen, sie von ihrer Abhängigkeit an die Sache der Unabhängigkeit abzuhalten. Ihr politisches Programm resumire sich immer in der Erklärung, die die Bevollmächtigten Österreichs und Preußens in der Sitzung der Londoner Konferenz vom 28. Mai 1864 abgegeben haben. Diese Hartnäigkeit der öffentlichen Meinung ist es eben, welche den annexionistischen Projekten das größte Hindernis in den Weg legt; alle Erklärungen der patriotischen Gesellschaften bestätigen das.“

Aus England haben wir ebenfalls nur Nachrichten mitzuteilen, welche mit der amerikanischen Frage in genauester Verbindung stehen. Die Verhandlungen, welche im Oberhause (am 20. d. M.) wegen der Vertheidigungsanstalten in Kanada stattgefunden haben, sind wir endlich im Stande, unter „London“ mit einiger Aussichtlichkeit zu geben. Dieselben sind natürlich der Hauptgegenstand der Besprechung in den englischen Blättern. Der „Herald“, der als Organ der Opposition alle von den Lords Derby, Lyveden &c. gebrachten Argumente für unwiderlegt und unwiderleglich hält, geberdet sich, als ob die Invasion Canada's schon begonnen hätte und sieht in den schrecklichen Nebeln, mit welchen die Regierung jetzt zu kämpfen habe, nur die natürlichen Folgen der sündigen Politik, die sie gegen die Vereinigten Staaten befolgt habe. Man hätte nur, meint er, sich nicht durch die Prahlereien der amerikanischen Poltrone eingeschüchtert lassen; durch dieses ewige Nachgeben von Seiten der weiblichen Whigs seien die Yankee's nur übermäßig geworden und es sei ganz natürlich, daß diese jetzt mit Prätentionen hervortreten, denen selbst whiggistische Staatsmänner entgegenarbeiten. England werde sich freilich das Juwel Canada nicht aus seiner Krone brechen lassen; aber, um solche Schmach abzuwenden, werde es viel edles englisches Blut kosten. „Daily News“ behandelt dagegen die Reden der Opposition nur als blinden Lärm und meint, die edlen Lords, Derby und Mellesbury schienen vor lauter Oppositionsgeist alles Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit verloren zu haben. Canada könne nur durch fortwährende starke Einwanderung aus Europa gebieben. Wer aber werde seinen Fuß in Land setzen wollen, welches in dieser Weise als ein von feindlichen Nachbarn bedrohtes Land dargestellt werden sei? Die „Times“ äußert sich beinahe ähnlich. „Quebec, als eine der berühmtesten Zeitungen der Welt, als eine britische Reichsstadt, als ein Ort, der durch einen englischen Sieg berühmt geworden, zu beschirmen, sei gewissermaßen Ehrensache, und wenn die Regierung vier Jahre nach einander 50,000 Pf. auf die Befestigung Quebec's verwendet, habe sie genug gethan. Mehr zu thun wäre Verschwendug. Eine amerikanische Invasion werde vielleicht niemals kommen, und wenn sie käme, würde das Hinauswerfen von 200,000 Pf. auf einmal nichts helfen oder entscheiden.“

Die (unter „London“ mitgetheilten) Armee-Voranschläge für das kommende Finanzjahr findet die „Times“ mäßig. Eine Ersparniß von einer halben Million — sagt sie — wird vom ganzen Lande als ein Schritt nach dem rechten Ziele begrüßt werden. Wir geben aber immer noch mehr aus als selbst in den Jahren nach dem russischen Kriege. Anno 1860 betrugen sie 17,000,000 £, aber noch 1858 waren sie nicht höher als 12,819,000 £. Einiges ist geschehen, aber es bleibt noch viel zu thun übrig, und man muß es bedauern, daß die unruhige Weltlage uns zwingt, so langsam auf dem Wege der Sparsamkeit fortzuschreiten.

An einer anderen Stelle bemerkt sie, daß die Anstrengungen von Mr. Mill's Comite die vom vereinigten Königreiche zu tragende Last durch die militärische Ausgabe der Colonien zu erleichtern, bis jetzt noch geringen Erfolg gehabt haben mühten. Sie beleuchtet darauf die Ausgaben, welche für Befestigung der Bermudas-Inseln und Quebecs, sowie Nova Scotia's, gemacht werden sollen, und meint, die Notwendigkeit dieser Bauten sollte erst gründlich nachgewiesen sein, ehe die Summen bewilligt würden. Denn „Zeitungen nutzen nichts ohne Soldaten, und wenn wir unsere Colonien nach unserem eigenen Bedürfnissen befestigen, dürfen wir's nicht ablehnen, wenn man uns erfordert, sie auch auf unsere Kosten mit Garnisonen zu versetzen.“

— Im Ganzen läuft die Ansicht der „Times“ auf den kurzen Satz hinaus, den sie selbst hierbei aufstellt: „Es leidet keinen Zweifel, daß die Theorie des großen Friedrich über die Behandlung einer auf dem Friedensfuße stehenden Armee diejenige ist, die man in der Praxis stets befolgen sollte — eine kleine, aber vollkommen disciplinierte Armee, gestützt durch eine gute Verwaltung und einen reichen Vorraum der besten Kriegsmaterialien.“

Aus Amerika teilen wir unten die neuesten Nachrichten vollständig mit. Von besonderem Interesse ist indeß noch eine Depesche des Hrn. Seward an Hrn. Adams vom April vorigen Jahres, welche mit anderen diplomatischen Altstücken in Washington veröffentlicht worden ist und aus der wir zwar früher schon Einzelnes mitgetheilt haben, die wir uns aber erst jetzt in größerer Aussführlichkeit vorgelegt haben.

Der nordamerikanische Staatssecretär schreibt dem nordamerikanischen Gesandten in London, die Rebellen hätten in beiden Häusern des britischen Parlaments, so wie in der englischen Presse, deren Einfluß auf die Leitung













